



 Flüchtlingsrat Thüringen e.V. // Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

TELEFON +49 (0) 361 51 80 51-25 // -26

FAX +49 (0) 361 51 88 43 28

E-MAIL info@fluechtlingsrat-thr.de

BANK Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE98 8205 1000 0163 0262 70
BIC: HELADEF1WEM

WWW.FLUECHTLINGSRAT-THR.DE

03.07.2018

PRESSEMITTEILUNG

Einigung in der Union – Ein Kompromiss gegen Geflüchtete, den Rechtsstaat und Europa

Der gestern vorgestellte Unionskompromiss sieht die Schaffung neuer geschlossener Lager und damit die Internierung von Schutzsuchenden vor. Der Flüchtlingsrat Thüringen spricht sich entschieden gegen weitere Maßnahmen der Abschottung und gegen die Einrichtung von Transitlagern aus und wirft der Union Symbolpolitik auf Kosten von Geflüchteten, einem solidarischen Europa und der Rechtsstaatlichkeit vor.

Martin M. Arnold vom Flüchtlingsrat Thüringen sagt dazu: „Die vermeintliche Einigung innerhalb der Union besiegelt die endgültige Abkehr von einer nachhaltigen und solidarischen Flüchtlingspolitik. Was uns da präsentiert wird, ist ein rechtlich fragwürdiger deutscher Alleingang und nicht die von Kanzlerin Merkel geforderte europäische Lösung. Es muss aktuell Aufgabe der Regierung sein, über eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik zu diskutieren und nicht über die Internierung von Schutzsuchenden an den Deutschen Außengrenzen.“

Die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge ist 2017 im zweiten Jahr in Folge massiv gesunken. Warum die Union also auf weitere Abschottung setzt und darin die Hauptaufgabe aktueller deutscher Politik sieht bleibt unklar. Dazu Arnold weiter: „Auf einer wirklichen Sachebene lassen sich die Kriminalisierung von Seenotretter*innen, die Diskreditierung von Menschenrechtsorganisationen und die fortlaufende Einschränkung von Grund- und Menschenrechten nur damit erklären, dass sich die CDU und CSU endgültig dem Rechtspopulismus ergeben haben.“

Kritik am Unionsvorschlag kommt unter anderem von den Oppositionsparteien und der Gewerkschaft der Polizei. Darüber hinaus gibt es massive rechtliche Bedenken am Unionskompromiss wie die des Europarechters Daniel Thym.¹

Bereits vor drei Jahren wurde ein ähnlicher Vorstoß der CSU unter anderem wegen verfassungsrechtlichen Bedenken seitens der SPD abgelehnt. Der damalige Justizminister Heiko Maas bezeichnete Transitzoneen völlig richtig als Haftzoneen und stellte fest, dass die Flüchtlingsfrage nicht dadurch gelöst werden könnte, Deutschland einzuzäunen.²

Daraus kann nur eine Konsequenz folgen: die SPD darf dem faulen Kompromiss der Union nicht zustimmen.

¹ https://www.deutschlandfunk.de/europarechter-zu-asyldebatte-kluge-migrationspolitik-setzt.868.de.html?dram:article_id=421130

² <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-in-der-koalition-justizminister-lehnt-transitzonen-fuer-fluechtlinge-vehement-ab-1.2688438>

